

Zeitschrift: Bündner Monatsblatt : Zeitschrift für Bündner Geschichte, Landeskunde und Baukultur

Herausgeber: Verein für Bündner Kulturforschung

Band: - (2005)

Heft: 2

Buchbesprechung: Rezensionen

Autor: Jäger, Georg / Domenig, Hans / Walser, Daniel

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

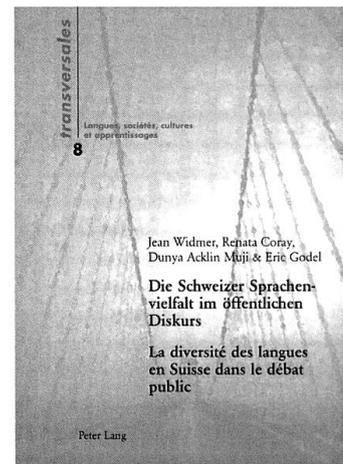
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rezensionen

Jean Widmer, Renata Coray, Dunya Acklin Muji, Eric Godel, Die Schweizer Sprachenvielfalt im öffentlichen Diskurs.

La diversité des langues en Suisse dans le débat public. Transversales. Langues, sociétés, cultures et apprentissages, vol. 8, Peter Lang, Bern 2004. 517 Seiten, ISBN 3-03910-208-7.

In der Reihe «transversales» im Verlag Peter Lang, Bern, ist 2004 unter der Leitung des Freiburger Soziologieprofessors Jean Widmer eine sozialhistorische Darstellung der schweizerischen «Sprachenordnung» seit 1848 erschienen. Die Publikation ist aus einem Nationalfonds-Projekt hervorgegangen und behandelt erstmals die gesamte Sprachenpolitik auf der Basis umfangreicher Quellenstudien, vor allem Archivalien und Presseberichte, im sozialhistorischen und sprachpolitischen Kontext. Gewissenhaft «verarbeitet» wurde auch die umfangreiche Literatur zum Thema. Eckpfeiler sind die Auseinandersetzungen um die Bundesverfassung von 1848 (Art. 109), die Diskussion um das Rätoromanische als vierte Nationalsprache von 1938 sowie die aktuelle Sprachenpolitik der vergangenen 20 Jahre (seit 1985). Die Untersuchung analysiert den Diskurs um die Sprachenordnung im Bundesstaat und die Bedeutung der Sprachenpolitik im Gesamtkontext der politischen Prioritäten. Interessante Ergebnisse liefert die Studie zudem zu Fragen des nationalen Selbstverständnisses und zu dessen Wandel sowie zur Ausrichtung der Politik gegenüber den sprachlichen Minderheiten, besonders auch den Rätoromanen.



Nationales Selbstverständnis und Sprachen 1848

Unter diesem Titel untersuchen Eric Godel (Historiker) und Dunya Acklin Muji (Soziologin) die Konstituierung der modernen Schweiz nach den Vorstellungen eines dreisprachigen Staates durch den Liberalismus. Ausführlich und sehr detailliert wird

der Ablauf der Diskussion um den Sprachenartikel 109 der Bundesverfassung von 1848 dargestellt. Die Verfasser analysieren in erster Linie die Diskussion in der Tagsatzung vom 7. Juni 1848 zum Sprachenartikel. Die Diskussion kreiste um die Frage der «Dreisprachigkeit» der Schweiz in der Verfassung. Von Rätoromanisch war nicht die Rede, zu diesem Zeitpunkt galt das, was die lakonische Bemerkung in der Interpellation Condrau 1936 ausdrückt: «Das Rätoromanische hat man vergessen».

Besonders interessant ist die Analyse der verfassungsbedingten Stellung der Sprachen. Wenn das Volk der Souverän ist, argumentierten vor allem die radikalen Liberalen, müssten alle (drei) Sprachen des Volkes als offizielle Sprachen des Landes betrachtet werden. Die Sprachdiskussion spielte in erster Linie als Teil des Projekts der «Nationenbildung», hier der Integration der verschiedenen Sprachgruppen der Schweiz, eine grosse Rolle. Während der europäische Sprachnationalismus von einem einsprachigen Konzept der «Nation» ausging, wurde die schweizerische Nation als Spiegelbild der Volkssprachen definiert. Eine Demokratie, die «von unten» bestimmt war, hatte im Gegensatz zu den aristokratisch regierten Staaten die sprachliche Diversität als typisches Kennzeichen der Nation zu repräsentieren. Daraus wurde abgeleitet, dass für die nationale Kohäsion nur die sprachliche Verschiedenheit des Volkes Garant sein könne, was die Anerkennung aller drei Sprachen als gleichberechtigte Nationalsprachen voraussetzte. In diesem Grundsatz herrschte weitgehend Konsens unter den politischen Strömungen der Liberalen. Die im Sonderbundskrieg unterlegenen Konservativen, die eher zur Einsprachigkeit des Bundesvertrags von 1815 tendiert hatten, hatten auf die Verfassungsdebatte kaum Einfluss. Die Diskussion wurde vor allem von den welschen und Tessiner Abgeordneten vorangetrieben. Umstrittene Themen in der Auseinandersetzung mit Deutschschweizer Vertretern waren pragmatische Anliegen wie die Mehrsprachigkeit der Protokolle, das Recht auf Eidesschwur in der eigenen Sprache und die Übersetzung amtlicher Texte. Bald stellte sich dabei die pragmatische Frage nach der Verhältnismässigkeit des administrativen Aufwands und der Kosten.

Am Anfang des Bundesstaates bewegte sich die Diskussion damit ausschliesslich auf der Ebene des Konzepts der drei Nationalsprachen und auf dem administrativen Fokus der Umsetzung. Keine Rolle spielten im Gegensatz zu den Debatten des 20. Jahrhunderts damals noch kulturelle und patrimoniale Komponenten der Sprachendiskussion. Bei der Untersuchung der nach 1848 folgenden Praxis, kommen die Verfasser zum Schluss,

dass die folgenden Jahrzehnte faktisch durch eine Ungleichheit der Sprachen in der Praxis und eine restriktive Publikationspolitik bezüglich der Verhandlungen der Bundesversammlung gekennzeichnet waren, «obwohl das Gleichheitsprinzip in Artikel 109 der Bundesverfassung von 1848 verankert war». (S. 82)

Die Frage der «Sprachverschiedenheit unter den Eidgenossen» tauchte in Verfassungsdiskussion und anschliessend vor allem in der Auseinandersetzung um eine eidgenössische Universität und dann in der Frage der Bundeshauptstadt wieder auf. Dabei wurde die Schweiz «als ein aus zwei Hauptteilen, aus einer deutschen und einer französischen Schweiz bestehendes politisches Kollektiv dargestellt. Weder das in der Bundesverfassung festgeschriebene Italienische bzw. dessen Sprachgebiet und erst recht nicht die rätoromanische Sprachregion finden Eingang in diese Vorstellung.» (S. 104) Die Bundeshauptstadt Bern sollte deshalb aus geographischen und aus konfessionellen Gründen (paritätischer Kanton) eine Brückenfunktion zwischen Deutsch und Französisch erhalten.

Im Schlussteil des Beitrags finden sich aufschlussreiche Hinweise auf die Stereotypen, die nach 1848 das Verhältnis der Deutschschweizer zur Tessiner Bevölkerung prägten. Eine ganze Reihe von Vorurteilen gegenüber den «Italienern» im Tessin kamen in der Berichterstattung der Presse während der Grenzbesetzung 1848 durch Deutschschweizer Truppen zum Ausdruck. Unreinlichkeit und Lügenhaftigkeit waren nur zwei der negativen Stereotypen, bei deren Verbreitung sich auch die konservative «Churer Zeitung» profilierte. (S. 107) Zwischen dem ideellen Anspruch der Verfassung und dem Bild der Tessiner Bevölkerung in der Presse klaffte noch während Jahrzehnten eine grosse Lücke. Die Missverständnisse und Geringschätzungen dürften allerdings auch durch die inneren Unruhen bei der Formierung der politischen Ordnung im Kanton Tessin Nahrung erhalten haben.

Eine neue Dimension nahm die Auseinandersetzung schliesslich in der Frage der Ausgestaltung des Bundesgerichts an, die im Rahmen der Bundesrevision 1872 bis 1874 eine wichtige Rolle spielte. Aus verschiedenen Forderungen, die bis zur Schaffung von drei sprachlichen Sektionen gingen (Ständerat), resultierte am Ende ein eidgenössischer Kompromiss zwischen beiden Parlamentskammern, der verlangte, dass alle drei Nationalsprachen im Gericht auf der Ebene der Richter vertreten sein mussten (Art. 107 BV). Die Auseinandersetzung wurde in der Presse mit grosser Vehemenz geführt. Sie offenbarte ein «viel ausgeprägteres sprachregionales Bewusstsein» als 1848, als vor al-

lem die Frage nach der Einheit der «Nation» im Vordergrund stand. Beim Entwurf der Verfassungsrevision von 1872 tauchten auch erstmals Ausdrücke wie «Graben», «Kluft», «Riss» oder «Spaltung» (zwischen Deutsch und Welsch) in der Debatte auf. Der weniger zentralistische Entwurf der Verfassung von 1874 aber wurde auch im Welschland akzeptiert und als «Versöhnung» gefeiert. Die Sprachzugehörigkeit wurde in der Folge bei der Beschreibung politischer Streitigkeiten regelmässig hervorgehoben. Die Verfasser zeigen anhand zahlreicher Quellenzitate, dass neben einer politischen im Jahre 1848 – mehr und mehr eine ethnische Konzeption der Sprachenfrage in den Quellen ablesbar wird.

Das Romanische als Nationalsprache 1935–1938

Der zweite Hauptteil der Darstellung befasst sich mit der Verfassungsdiskussion um die Erhebung des Rätoromanischen zur Nationalsprache nach 1935 (Dunya Acklin Muji). Der Beitrag referiert zunächst die Entwicklung der Sprachenfrage nach der Jahrhundertwende, die zunehmende Ideologisierung des Diskurses, der sich auch organisatorisch in der Gründung defensiver Sprachvereinigungen aller vier Landessprachen manifestierte: «... *la conception patrimoniale de la langue, telle qu'elle émerge de ces mouvements visant la protection des trois langues nationales et du romanche, ainsi que le fait de considérer la langue comme un facteur d'identification des populations demeurent centraux dans les discours des années 1930.*» (S. 129) Neben der Darstellung des «Grabens» zwischen Deutsch und Welsch wird die Diskussion um das Romanische im irrendentistischen Umfeld der Revision des Sprachenartikels von 1938 aus der umfangreichen Literatur skizziert. In den Jahrzehnten nach der Jahrhundertwende erschien die Sprachenvielfalt nun auch als nationales Patrimonium, als reiches Erbe, und der mehrsprachige Staat galt als demokratisches Gegenmodell zum totalitären Umfeld. Diese Komponente des politischen Sprachdiskurses gewann bis 1938 zunehmend an Bedeutung; die Mehrsprachigkeit als konstitutives Element der schweizerischen Identität, die «*unité dans la diversité*», wurde zur «*affirmation de cet imaginaire collectif basé sur la diversité linguistique*», die seither einen wichtigen Teil der Argumentation für die Förderung der sprachlichen Vielfalt bildet. Die Autorin sieht sodann in der «*folklorisation de la culture romanche*» ein Merkmal zur Unterstützung eines «*peuple heroïque*», das für seine Anstrengungen

und seine Hartnäckigkeit im Kampf für die Sprache unterstützt werden soll. (S. 239)

Minderheitenschutz und Beziehungspflege 1985–1996

Renata Coray, wissenschaftliche Assistentin an der Universität Zürich, ist Autorin des dritten und vierten Teils der Studie. Die detaillierte Darstellung der sprachpolitischen Diskussionen, parlamentarischen Vorstösse und Initiativen von Sprachorganisationen kann im Rahmen einer Besprechung nur mit einigen Hinweisen erwähnt werden. Ausgehend von der Motion Bundi 1985 wird zunächst der Weg zur zweiten Revision des Sprachenartikels 1996 zusammengefasst und untersucht. Einleitend wird der Wandel der Sprachenordnung seit dem Zweiten Weltkrieg skizziert. Schwerpunkt ist in dieser Epoche der schweizerischen Sprachenpolitik das Problem der praktischen Gleichstellung und der Verwendung des Rätoromanischen als Amtssprache. Die Darstellung folgt danach den parlamentarischen Vorstössen, Debatten und Expertenberichten wie zum Beispiel dem Saladin-Bericht von 1989 und der bundesrätlichen Botschaft dazu von 1991 mit den anschliessenden parlamentarischen Auseinandersetzungen zwischen 1992 und 1995. Zentral sind sodann die Abstimmung zum revidierten Sprachenartikel 1996 und die Diskussion im Rahmen der Revision der Bundesverfassung 1999. Erstmals können die intensiven Diskussionen um die «Sprachenordnung» der Schweiz im Detail nachgelesen werden, dokumentiert durch einen umfangreichen Apparat von Belegen und Übersichtstabellen im Anhang. Eine gründliche Analyse der Darstellung beschliesst das Kapitel.

Renata Coray sieht im Zeitraum von 1985 bis 1996 zwei dominierende, sich konkurrenzierende Modelle einer Sprachenordnung: «*ein bewahrendes, patrimoniales, das sich v.a. auf die bedrohte Kleinstsprache Rätoromanisch und auf die Erhaltung der vier Sprachräume konzentriert*» und ein «*psychologisches und liberales Verständigungsmodell, das sich v.a. auf die Beziehungen zwischen den Sprachgemeinschaften, insbesondere zwischen Deutsch- und Französischsprachigen und deren Verständigungsprobleme konzentriert.*» (S. 411) Das erste Modell eines traditionellen Erhaltungsdiskurses wurde in den 1980er- und frühen 1990er-Jahren vor allem von lateinischsprachigen und tendenziell linken Akteuren vertreten, das «Verständigungsmodell» hingegen eher von Deutschschweizern aus bürgerlich orientier-

ten und tendenziell neoliberalen Kreisen. Das föderalistische Regulierungsmodell der sprachlich heterogenen Schweiz wurde aber nicht in Frage gestellt; der Bund verfügte weiterhin über sehr wenige Kompetenzen für Massnahmen und Regulierungen in Sprachenfragen.

Neu ist in dieser Zeit die Vorstellung von «Sprachgemeinschaften» im Sprachenartikel der Bundesverfassung. Der Begriff der sprachlichen Minderheit macht laut Coray immer mehr einer psychologisch/ethnisch gefärbten Vorstellung von «Sprach- und Kulturgemeinschaften» Platz. (S. 413) Damit wird einer «ethnolinguistischen Konzeption der Schweiz» Vorschub geleistet. Dazu erkennt Coray eine zunehmende Tendenz zur Individualisierung der sprachpolitischen Verantwortung im Sinne des «Verständigungsmodells», welches *«das sprachliche Verhalten der Bürger als ausschlaggebend für die Erhaltung der viersprachigen Schweiz bezeichnet. Dieser individualisierende Aufforderungsdiskurs – diese regelmässigen Appelle an vermehrte Bemühung um Verständnis, (...) um individuelle Mehrsprachigkeit und verbesserte Sprachenkenntnisse»* ist verbunden mit der Kritik am übermässigen Dialektgebrauch der Deutschschweizer Bevölkerung. (S. 414)

Von der politischen zur psychologischen Nation

Unter dem Titel «Die Transformation der Sprachenordnung und des nationalen Imaginären» bietet Renata Coray im letzten, vierten Abschnitt der Studie eine Zusammenfassung und einen Ausblick, der am Ende nochmals die im dritten Teil dargestellte Debatte um das Frühenglisch in den Volksschulen aufnimmt. Dieses ausgezeichnete Kapitel müsste allen Politikerinnen und Politikern in der Schweiz und den Akteuren in den Sprachenorganisationen und politischen Vereinigungen zur Lektüre vorgeschrieben werden. Theoretisch ausgezeichnet fundiert, zeigt die Verfasserin die Entwicklung der Begriffe in der sprachpolitischen Diskussion. Im 19. Jahrhundert waren sprachliche Kategorien *«weder integraler Teil des staatspolitischen Diskurses der Regierung, noch handlungsleitende Konzepte von Politikern.»* (S. 431) Die Existenz von Sprachgruppen und deren Beziehungen untereinander wurden nicht verfassungsrechtlich festgelegt oder politisch reguliert. In den 1930er-Jahren dominierten ein patriotischer Diskurs und die Vorstellung einer territorialen, patrimonialen Sprachenordnung, einer geistigen Einheit der ver-

schiedenen «Volksstämme» als Basis für das nationale kulturelle und territoriale Erbe der Schweiz. Der Kampf der französischsprachigen Minderheit um den Kanton Jura führte in den 1960er-Jahren zur Dominanz des Begriffs der sprachlichen Minderheit als «verbreitete Kategorie des öffentlichen Diskurses». (S. 432) Dazu gab der starke Rückgang des Rätoromanischen Anlass zu wachsender Besorgnis. Auch der Begriff der sprachlichen Minderheit wurde vor allem mit patrimonialen und territorialen Vorstellungen verbunden. Für Coray ist dieser «zirkuläre» Diskurs «dauerhaft» und «repetitiv», er führt immer wieder zum Entscheid, nichts zu entscheiden, wird aber gleichzeitig gerechtfertigt als «beharrliche Wiederholung wichtiger Grundsätze» und als «wichtiges, naturgemässes Charakteristikum von Sprachenpolitik.» (S. 436)

Seit den 1980er-Jahren stellt die Verfasserin in der schweizerischen Debatte eine zunehmende Tendenz zum «Verständigungsdiskurs» fest, und sie sieht in diesem «semantischen Kampf» (Koselleck) um die Definition einer schweizerischen Sprachenpolitik bereits die Dominanz einer «psychologischen» Sprachenordnung. Die Angst vor einem zunehmenden Auseinanderdriften der Schweiz führt zu zunehmender Psychologisierung und Ethnisierung. Der beziehungsorientierte und psychologisierende Diskurs zielt vor allem nach der EWR-Abstimmung von 1992 mit den unterschiedlichen Ergebnissen in der Deutsch- und der Westschweiz auf «Verständigung» zwischen den Sprachgruppen, sein Ziel ist nicht die Verständigung auf etwas Aussenstehendes hin, sondern ein Ziel in sich selbst. Die «Verständigung» erscheint in Motionen, einem «Verständigungsbericht» (1993) und in der Legislaturplanung 1995–1999 als zentrales Mittel zur Erreichung des Hauptziels, der «Stärkung des nationalen Zusammenhaltes». (S. 445) Der neue «Verständigungsauftrag» des Sprachenartikels wird als «Kohäsionsauftrag» interpretiert. Da «Verständigung» eine Daueraufgabe ist, hat auch hier der zirkuläre Aspekt Bedeutung. «Verständigung» ist ein «normaler» Alltagsbegriff, der als «scheinbar unstrategische Sprachform» keine expliziten Definitionen erfordert, weil seine Bedeutung als selbstverständlich gegeben angenommen wird. Nach Coray eignen sich solche Begriffe für manipulative Diskurse und sie erlauben eine «nie versiegende Diskussion», eine wichtige Voraussetzung «für einen identitätsstiftenden und -stärkenden Diskurs». Folge davon ist die «symbolische» Sprachgesetzgebung, die bei der Problemdefinition und bei den Lösungsansätzen vage bleibt und ein «dauerhaftes, latentes Problem» garantiert. (S. 449)

Als Mittel zur besseren Verständigung dienen denn auch vor allem Appelle an das individuelle Erlernen der Landessprachen in den Schulen, die Förderung der Mehrsprachigkeit bei Lehrpersonen, Journalisten usw. Diese «Kohäsionsmetaphorik» wird von der Verfasserin anhand zahlreicher Beispiele bewusst gemacht: Dominant sind zunächst territoriale Metaphern und «architektonische Verbindungen» wie «Röstigraben», «Kluft», «Riss», «Polentagraben» und deren Überwindung mit «Brücken», «Passerellen» und «Viadukten», die von der Politik zu erbauen sind. Dazu kommen Beziehungsmetaphern, die häufig auch mit Bildern aus dem Bereich der Familie und der Ehe gute Beziehungen oder drohende Trennungen, Scheidungen bedeuten. Charakteristisch an dieser Psychologisierung des Diskurses, der sich am Gebrauch unreflektierter Begriffe einleuchtend darstellen lässt, ist eine individuelle Sicht der Gesellschaft und das Beiseiteschieben gesellschaftlicher und politischer Kategorien, etwa historischer und sozioökonomischer Grundlagen gesellschaftlicher Kohärenz. Unterschiedliche politische Positionen und Konflikte werden so sprachlich kulturalisiert; diese «Ethnisierung der Politik», die Ausrichtung des Diskurses auf das vermeintlich «natürlich» Gegebene, reduziert soziale und politische Fragen auf individuelle Einzelprobleme und «behindert soziologische Problemdefinition» (Höpflinger). Interessant am «Verständigungsdiskurs» ist auch, dass das Italienische und erst recht das Rätoromanische in dieser Debatte wieder einmal eine sehr geringe Rolle spielen. Die Sprachenfrage wird – einmal mehr – auf die Beziehungen zwischen Deutsch und Welsch reduziert, wirklich eine «longue durée» seit 1848, wenn auch die Vorstellungen einer Sprachenordnung sich gewandelt haben.

Anhand der bis heute ungelösten Frage des Frühenglischen in den Primarschulen wird zum Schluss unter dem leicht ironischen Titel «Verständigung auf Englisch? Der Siegeszug eines wirtschaftsliberalen Regulierungsmodells» die laufende Debatte thematisiert. Dahinter steht die Frage nach der Aufgabe der Schule als Vorbereitung auf die Anforderungen einer globalen Wirtschaft oder die Schule als (u.a.) Instrument der Förderung nationaler Kohärenz. Für Coray ist die stark polarisierte Debatte erneut eine «*Demonstration der nur sehr beschränkten sprachpolitischen Eingriffsmöglichkeit des Bundes, der Dominanz der deutschsprachigen Mehrheit, der Festigung von sprachregional divergierenden Wahrnehmungsmustern, der Vernachlässigung des Italienischen und der (wirtschaftlichen) Irrelevanz des Rätoromanischen sowie vieler anderer in der Schweiz gesprochener Sprachen.*» (S. 470)

Bemerkenswert ist nach der Lektüre des Buches, dass in diesen intensiven Auseinandersetzungen, denen in den Medien hohe Aufmerksamkeit zuteil wird, pädagogische Argumente, die etwa den Bildungswert der Mehrsprachigkeit hervorheben, offenbar kaum eine Rolle spielen. Allenfalls wird noch die Frage der Belastbarkeit der Schulkinder thematisiert.

Ein Handbuch und wertvolles Arbeitsinstrument

«Die Schweizer Sprachenvielfalt im öffentlichen Diskurs» ist ein Handbuch der Sprachenpolitik und der Diskussion in der Öffentlichkeit, das allen zu empfehlen ist, die sich mit dem Thema Mehrsprachigkeit in der Schweiz befassen oder sich dafür interessieren. Im Anhang bietet das Werk unter anderem einen Überblick über die amtlichen Publikationen und Medien seit Beginn des Bundesstaates sowie über die nationalen und sprachpolitischen Ereignisse seit 1847 in Form einer Tabelle (Gesetzesdebatten, parlamentarische Vorstösse, Initiativen usw.). Es wird dadurch zu einem Kompendium und wertvollen Arbeitsinstrument. Das wissenschaftliche Werk ist methodisch sehr sorgfältig erarbeitet und theoretisch breit abgestützt und es besticht durch präzise Begrifflichkeit, die auch für so genannte Laien verständlich ist.

Als abschliessende Publikation der Ergebnisse eines Forschungsprojekts erschien das Werk in einer universitären Publikationsreihe. Dagegen ist nichts einzuwenden, aber für eine breitere Öffentlichkeit ist es deshalb im Preis zu teuer und auf dem Markt kaum wahrnehmbar. So können Insider zwar akademische Meriten erlangen, die Wirkung auf Politik und Gesellschaft bleibt aber gering. Es wäre deshalb wichtig, wenn durch den Nationalfonds geförderte wissenschaftliche Untersuchungen dieser Art, die eine grosse Bedeutung für den öffentlichen Diskurs haben und auf Anwender ausgerichtet sind, auch ernsthaft umgesetzt würden; an Deklamationen der Forschungsinstanzen des Bundes in dieser Richtung fehlt es ja nicht. Eine Möglichkeit wäre zum Beispiel die Veröffentlichung einer gekürzten Fassung dieser über 500 Seiten starken Publikation in einer attraktiven Gestaltung und in einem auf die breitere Öffentlichkeit ausgerichteten Verlag mit gutem Marktzugang.

Georg Jäger

Die Leute von Soglio, la gente di Soglio

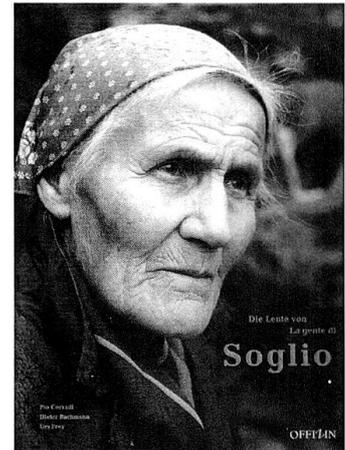
Eine fotografische Dokumentation der Leute von Soglio in Deutsch und Italienisch, herausgegeben von Stefan Jäger, Offizin Verlag, Zürich 2004, ISBN 3-907496-5.

Wer den Band in der Buchhandlung flüchtig durchblättert und die vielen Menschenfotos sieht, wird sich vielleicht fragen: «Was gehen mich alle diese Gesichter an, die ich nicht kenne?» Vertieft man sich aber ins Buch, fangen die Gesichter an zu leben und zu sprechen. Am augenfälligsten tun das die, die in ihrer persönlichen Ambiance aufgenommen wurden: das Bauernpaar, das hohe Heufuder ladend, der Junge, vor dem Fussballtor nach dem Ball hechtend, der Weinliebhaber in der Stüva, liebevoll das Glas umfassend. Viele zeigen sich gleichsam in der alltäglichen Schürze, wenige zurechtgemacht im Sonntagsstaat. Adlige oder Traditionsbewusste lassen sich mit einem Ahnenbild aufnehmen und viele mit dem Partner oder der Partnerin.

Wieder andere haben sich bocksteif oder todernst vor die Kamera hingestellt – was aber keinesfalls heisst, dass man in ihren Gesichtern weniger lesen könnte: Verschlossenheit und Abwehr zum Beispiel, vielleicht aber auch passiv-stumme Offenheit im Sinne von: «Ich lass dich auf mich zukommen».

Die starken Fotos stammen vom Fotografen Pio Corradi, unter anderem auch routinierter Kameramann von verschiedenen Filmen. Das Buch ist ausschliesslich in schwarzweiss gehalten, einer fotografischen Kunstform, die sich je länger je mehr zur Domäne der Portraitfotografie entwickelt hat. Besonders gelungen und originell, ja wahre Kunstwerke, sind auch die Dämmerung- und Nachtbilder des Dorfes auf den ersten Seiten des Bandes. Von dieser Art hätte man sich gerne noch mehr gewünscht; doch das hätte die Ausrichtung und das Ziel des Buches verändert. Was die Menschenbilder betrifft, so möchten neugierige Betrachter als Bildlegenden nicht nur die Namen der Portraitierten, sondern auch etwas mehr über ihre Tätigkeit und Funktion erfahren.

Auf den Fotos wird viel gelacht und natürlich nie geweint. Liest man aber die begleitenden Texte von Dieter Bachmann und von Urs Frey, so hätte Corradi (was er zum Glück nicht getan hat) sehr viel mehr ernste Gesichter aufnehmen müssen, denn was die Zukunft von Soglio betrifft, muss es einem ernst werden. Bachmann schreibt in schwungvoll poetischem Stil von wenigen



«Ausharrern und Liebhabern, von Alten und Treuen und von raren Zuzüger», die hier oben als «... verstreute Soglio-Darsteller in halbleeren Häusern» wohnen. Wenn man auch hoffen darf, dass er hier etwas übertrieben hat, so weist er doch mit Recht auf die bedrohliche Altersstruktur, bedingt durch die Abwanderung der Jungen, hin. Zwar bringen die Touristen Geld ins museale Dorf, aber auch Belästigung. Da klagt einer über «die ewige Fotografiererei», ein anderer: «Ich komme nach Hause und ein Fremder sitzt auf meinem Klo!» Abgesehen von solchen, der Unterhaltung dienenden Zitaten von Dorfbewohnern, weiss Bachmann auch geschichtlich Besonderes zu erzählen, wie zum Beispiel seine Ausführungen über die Reformation in diesem Dorf beweisen, die hier auf besondere Art vom Volk ausging und nur indirekt von der Geistlichkeit.

Nüchtern geht der in Soglio wohnende Geograf Urs Frey ans Beschreibungswerk, wenn er schreibt: «Der Ort wird in der Literatur romantisiert, poetisch überhöht und verklärt als Bilderbuchdorf, idyllischer Flecken, Kraftort oder als Schwelle zum Paradies bezeichnet.» Dabei seien die pittoresken alten Häuser im Innern dunkel, eng, schlecht beheizbar und unpraktisch. Abgesehen von dieser Entzauberung liefert Frey dem Touristen nützliche geografische Informationen, indem er auf die Stufen der Gemeinde aufmerksam macht: erstens das Tal als unterste Nutzungsstufe mit seinen Kastanienhainen, einst wichtig für die Ernährung bei schlecht gedeihendem Brotgetreide, zweitens das Dorf und daneben die ausgelagerten Stallscheunen, ehemaligen Ackerterrassen, Fettwiesen und Nussbäume, drittens der Berg mit seinen Maiensässen, Weidemauern, Stallscheunen und Wiesen, wobei heute nur noch die untersten gemäht werden und die oberen verganden oder verwalden.

«La gente di Soglio» ist ein wertvolles und wichtiges Buch nicht nur von künstlerischem, sondern auch dokumentarischem Wert. Da alle Bilder im Frühling 2004 aufgenommen wurden, werden spätere Generationen, wenn sie diesen Band ansehen, schliessen können: So hat man also in diesem Jahr in Soglio gelebt.

Hans Domenig

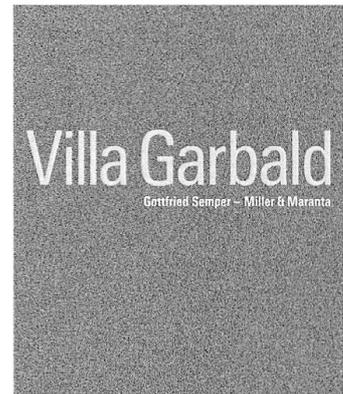
Das italienische Landhaus im Bergell

Sonja Hildebrand, Werner Oechslin, Jürg Ragetti, Martin Tschanz und andere, Villa Garbald. Gottfried Semper – Miller und Maranta, gta Verlag, Zürich 2004, 125 Seiten, ISBN 3-85676-130-6.

Durch das Bergell führte bis zum Ende des 19. Jahrhunderts eine der wichtigsten alpendurchquerenden Verkehrswege. Castasegna war Grenzort und besitzt mit der «Villa Garbald» von Gottfried Semper ein einmaliges Bauwerk. Der junge Zöllner Agostino Garbald und seine Frau Johanna liessen sich 1862 von Semper, einem der damals wichtigsten europäischen Architekten, eine Villa planen. Die Villa Garbald stellt ein Kapitel Baugeschichte von internationaler Bedeutung dar. Das «italienische» Landhaus, dessen Restaurierung und Erweiterung (2002–2004) durch die Architekten Quintus Miller und Paola Maranta vor kurzem abgeschlossen wurde, verweisen auf die Bedeutung des Bauortes im Spannungsfeld zwischen 19. und 21. Jahrhundert.

Agostino und Johanna Garbald waren ein weltoffenes Ehepaar. Ihre Beziehung gründete auf einem damals eher ungewöhnlichen Modell einer gleichberechtigten Partnerschaft, die wesentlich auf der gemeinsamen Freude an Wissen und Bildung basierte. Agostino Garbald war Zöllner, richtete in Castasegna eine der ersten meteorologischen Stationen der Schweiz ein, betrieb botanische Studien, sammelte technische Geräte und träumte von einer grossen Erfindung. Seine Frau Johanna Garbald, die sich als Dichterin verstand, veröffentlichte selber unter dem Pseudonym Silvia Andrea zahlreiche Erzählungen und Romane. Die Eheleute baten Semper, den ersten Architekturprofessor des neu gegründeten Polytechnikums, um die Planung eines «tunlichst einfachen» Hauses, wobei sie ihm keinerlei formale Vorgaben machten.

Der jüngste Sohn Andrea Garbald war Fotograf und wie seine beiden älteren Schwestern kinderlos. 1955 gründete er mit seiner Schwester eine Stiftung, in welche die Villa, das Grundstück, Einrichtung und Vermögenswerte gingen. Nach seinem Tod 1958 wurde die Fondazione Garbald 1961 offiziell eingetragen und diente dem Zweck, ein «Zentrum für Künste, Wissenschaft und Handwerk in der Villa und Pflege des literarischen Erbes der Mutter» zu sein. Doch das Haus wurde vorerst in eine Polizeistation umfunktioniert und beherbergte in den Obergeschossen zwei Mietwohnungen. Dies begann sich erst ab 1986 zu ändern,



als der Künstler und Fotograf Hans Danuser auf dem Dachboden unter anderem die Bibliothek Garbalds, Manuskripte, Fotografien und eine Skizze Sempers gefunden hatte.

Mit der ETH Zürich und dessen interdisziplinären Collegium Helveticum konnte ein starker Partner für die Stiftung gefunden werden, der mit seinem Hauptgebäude und der Sternwarte selber zentrale Bauwerke von Semper besitzt. 1999 wurde beschlossen in Castasegna eine Aussenstation, ein «Zentrum für Forschung, Kommunikation und Kultur» einzurichten, was auch dem ursprünglichen Stiftungszweck der Villa entspricht. Für die erweiterte Nutzung des Seminarzentrums mussten aber zusätzliche Gastzimmer erstellt werden. Den hierfür durchgeführten eingeladenen Wettbewerb konnte 2001 das Basler Architekturbüro mit Bündner Wurzeln Miller und Maranta für sich entscheiden. Die Architekten haben die Villa respektvoll renoviert, die ursprüngliche Bemalung wieder freigelegt und im Garten einen Wohnturm errichtet, der die zusätzlich benötigten Räume aufnimmt.

Die Villa zwischen Ort und Welt

Erstaunlicherweise war Semper selber nie im Bergell. Er hat den Bauplatz und die errichtete Villa nie gesehen. Seine Kenntnisse vom Bauort stützten sich vollends auf Planunterlagen, die Beschreibungen seiner Bauherren und seine eigne Imagination. So musste ihn Agustino Garbald nach der Sichtung des ersten Entwurfs darauf aufmerksam machen, dass das effektive Baugelände steiler ist und anders verläuft. In den von Semper angefertigten Ansichten sind die Bergwände Castasegnas sanfte italienische Hügelzüge. Auch architektonisch bezieht sich Semper auf italienische Landhäuser. Die Proportionierung des Baukörpers, der offene Dachstuhl und die dem Haus auf der ganzen Länge vorgelagerte Pergola zeugen von diesen Einflüssen. Einfache italienische Landhäuser mit offenen Trockenböden gehörten zu Beginn des 19. Jahrhunderts zu den üblichen Haltepunkten auf den Italienreisen angehender Architekten. Auch bei Semper sind derartige Skizzenblätter zu finden. Wie bereits Karl Friedrich Schinkel bei seinem Gärtnerhaus von Schloss Charlottenburg bei Potsdam (1829–1831) hat Semper mit der Villa Garbald seine Vorstellung von einem italienischen Landhaus errichtet. Werner Oechslin formulierte, dass Semper eher «das Ländliche, als Gegensatz zum Urbanen» suchte. Der Kontrast zur grossen archi-

tektonischen Geste oder zur städtisch-wichtiguerischen Verzierung stehe hier im Vordergrund. Dass Castasegna in den Bergen lag, war für Semper nicht von Interesse. Es sollte ein angemessenes, ländliches Bauwerk entstehen.

Die Garbalds bezogen 1864 die Villa. Die Innenräume wurden 1865 komplett in eindrucklicher Qualität ausgemalt, welche 1905 mit Jugendstildekorationen übermalt wurden. Die heute wiederentdeckte ursprüngliche Ausmalung ist zwar gemäss John Ziesemer wohl nicht direkt von Semper stammend, doch können die gestalterischen Prinzipien mit Semper in Einklang gebracht werden und ergänzen den Bau überzeugend. Während der Restauration wurden die Malereien wieder komplett freigelegt und restauriert.

In der Schweizerischen Bauzeitung wurde die Villa Garbald 1916 portraitiert. Der Bau wurde nicht mehr als eine Verkörperung einer Italiensehnsucht gesehen, sondern galt als integraler Teil des Ortes. Bei der Villa wurde von einer möglichen Anpassung an die örtliche, südbündnerische Bauweise des Landhauses gesprochen, in dem wiederum «die Nachbarschaft Italiens von deutlichem Einfluss» sei.

Der Neubau von Miller und Maranta

Quintus Miller und Paola Maranta errichteten entlang der Gartenmauer an der Stelle des ehemaligen Heustalles ein turmartiges Wohnhaus, den Roccolo. Das Volumen reagiert mit seiner polygonalen Form auf die Gartensituation. Der Turm ist zwar durchaus prägnant, doch erscheint dieser durch den polygonalen Grundriss und die Materialisierung ganz selbstverständlich an seinem Ort. Die betonierten und anschliessend mit Hochdruck abgespritzten Betonwände des Roccolo nähern sich in ihrer steinernen Textur der Gartenmauer und den Gebäuden von Castasegna an. Die Architekten selbst bringen ihren Turm in Bezug zum Bautyp der Roccoli. Ein Roccolo bezeichnet eine turmartige Einrichtung zum Vogelfang. Verbreitet waren diese Bauten vor allem im Tessin, aber auch im Bergell sind sie zu finden. Die Architekten suchten wohl weniger diesen direkten Bezug, als den Ausdruck «von Turm und Süden schlechthin, von einer Andersartigkeit, einer gewissen Ursprünglichkeit auch», wie Martin Tschanz darlegt.

Miller und Maranta studierten bei Miroslav Sik und Bruno Reichlin als «Analoge Architekten» und lernten mit vorgefun-

denen Bildern und Analogien auf die gestellte Bauaufgabe und den Ort zu reagieren. Doch haben sie sich stark weiterentwickelt und verweben den Turm mit dem Ort. Die Nutzung ist übereinander gestapelt und nicht wie normalerweise geschossweise geschichtet. Die Treppe windet sich spiralförmig um einen inneren Kern nach oben und erschliesst die einzelnen Zimmer auf jeweils unterschiedlichen Niveaus. Hierdurch wird auch das Fensterbild in der Fassade abstrakter und gleichzeitig spielerisch. Der Turm ist ein archaischer Gegensatz zur fein gearbeiteten Villa, verankert aber den Gesamtkomplex im Ort.

Miller und Maranta haben die Villa respektvoll auf die Originalsubstanz zurückgebaut, geschmackvoll restauriert und sachte zu einem vielschichtigen Komplex erneuert. Auch wurden die beiden Gebäude schlicht möbliert. Der einzige Eingriff mit einem vernachlässigbaren Verlust von Originalsubstanz ist die ehemalige Waschküche, die zum neuen Essraum mit einer zum Garten hin geöffneten grossen Fensterfront. Dieser Eingriff definiert innerhalb des Semperbaus das Speisezimmer als neues gemeinschaftliches Zentrum.

Ein Lesebuch zur Architektur

Die vorliegende Publikation zur Villa, welche vom Institut für Geschichte und Theorie der Architektur der ETH Zürich herausgegeben wurde, leuchtet die verschiedensten wissenschaftlichen und baulichen Aspekte aus. Der reich bebilderte Band ist eine Entdeckungsreise in die Zeit- und Kulturgeschichte. Das Buch lebt nebst dem historischen Plan- und Fotomaterial vom präzisen Fotoessay von Ruedi Walti, in welchem er mit unpräzisen Fotografien die beiden Baukörper portraitiert.

Es fehlt ein vertiefter Blick in die Geschichte der Familie Garbald und Castasegnas als historischer Zollort. Hierdurch wäre es möglich gewesen, vertieft den Bau mit dem Ort zu verknüpfen. Die Rekonstruktion der heutigen Villa, welche sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse stützt, ist nicht nur eine Wiederherstellung historischer Gegebenheiten, sondern eine Interpretation des ursprünglichen Baues. Gerade in den Innenräumen wurden Vereinfachungen vorgenommen. So fehlen die Vorhänge und Textilbehänge. Das ehemalige Muster der Tapezierung der Wände ist heute unbekannt, weshalb sich die Architekten entschlossen, diese durch ein einfarbiges Fabrikat zu ersetzen. Das ohne Zweifel ausgezeichnete Ergebnis des Umbaus ist auch ein

Weiterbauen und sensibles Aktualisieren eines historischen Bauwerkes. Dieser Aspekt hätte im Buch durchaus stärker thematisiert werden können.

Leider ist das Buch nicht wirklich zweisprachig. Dies mag aus verlegerischer Sicht verständlich sein, doch wird dem Standort der Villa Garbald, dem italienischsprachigen Bergell, der Inhalt des Buches in seiner Breite vorenthalten. Die im Anhang befindlichen kurzen italienischen Zusammenfassungen können diesen Mangel nur beschränkt beheben.

Die Publikation zur «Villa Garbald» ist ein schlichtes und sehr schön gemachtes Buch zur Baugeschichte der Sempervilla und zum Turmbau von Miller und Maranta. Das Buch portraitiert nicht nur die Baugeschichte, sondern aktualisiert diese und macht sie lebendig. Die ETH Zürich erhält in Castasegna ein ausserordentliches Forschungs- und Seminarzentrum und der Leser ein geschmackvolles Buch zu einem wichtigen Bauwerk in den Bündner Bergen.

Daniel Walser